

Wir brauchen den Emissionshandel und das EEG

Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen wird die klimapolitische Herausforderung deutlich, vor der die Welt steht. Um eine katastrophale Erderwärmung von mehr als 2 Grad abzuwenden, muss der Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen in den nächsten fünf bis zehn Jahren zum Stillstand gebracht werden. Die Industrieländer müssen ihre Emissionen bis 2020 um annähernd 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, bis 2050 gar um 80 bis 95 Prozent. Das ist eine gewaltige Aufgabe – auch für Deutschland und die EU, die sich gern als Vorreiter im Klimaschutz verstehen.

Schon die vergleichsweise laxen Kyoto-Ziele erreichen die alten EU-Staaten nicht aus eigener Kraft, sondern nur unter Anrechnung fragwürdiger Auslandsprojekte. Deutschland ist weit davon entfernt, das selbstgesteckte 40-Prozent-Minderungsziel bis 2020 zu erreichen: Im gegenwärtigen Klimaschutztempo wird es frühestens 2033 erreicht. Und die tiefgreifenden Umwälzungen, die das bis 2050 aufgestellte Ziel für Energiewirtschaft, Industrie und Verkehr erfordert, sind in der Politik noch lange nicht angekommen.

Vor diesem Hintergrund ist es grotesk, dass aktuell wieder die Debatte aufbrannt, ob Deutschland sich nicht zu viele Klimaschutzinstrumente leistet. Ausgerechnet das Erfolgsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) steht im Fokus der meist von Ökonomeprofessoren vortragenen Kritik, die jüngst die Professoren Weimann und Sinn auf diesen Seiten skizziert haben. Das Argument: Angesichts der für den Emissionshandel festgelegten Obergrenze für Treibhausgasemissionen führe die Förderung der erneuerbaren Energien nicht zu zusätzlichen Emissionsminderungen. Emissionssenkungen durch Windkraft und Solarenergie hätten nur zur Folge, dass anderswo weniger getan werde und vermeintlich kostengünstigere Alternativmaßnahmen unterblieben. Bemerkenswert an dieser Argumentation ist zunächst, dass sie die greifbaren Erfolge des EEG nicht in Abrede stellt: Die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf bald 16 Prozent der Stromerzeugung, die so erzielte Vermeidung von 106 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr – was fast der Hälfte des deutschen Kyoto-Zieles entspricht, oder den Boom der Er-

neuerbaren-Energien-Branche mit inzwischen 280 000 Arbeitsplätzen.

Zudem richtet sich die Argumentation bei genauem Hinsehen gar nicht gegen die erneuerbaren Energien als solche. Nach der gleichen Logik bringen auch Steigerungen der Energieeffizienz oder der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung keinen Vorteil fürs Klima, von Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ganz zu schweigen. Die unterschwellige Botschaft der EEG-Kritiker: Der Staat solle sich im Klimaschutz zurückhalten und die Emissionshandelsmärkte machen lassen. An dieser Argumentation irritiert nicht nur der angesichts der jüngsten Erfahrungen befremdliche Glaube an die unbedingte Rationalität von Märkten. Sie blendet auch die Schwächen des bestehenden Emissionshandels aus. So hat der Emissionshandel in der Pilotphase von 2005 bis 2007 praktisch keine Emissionsminderung erbracht, weil zu viele Emissionszertifikate ausgegeben wurden. Dass sich die deutsche Klimabilanz trotzdem verbesserte, war vor allem dem vom EEG angetriebenen Ausbau der erneuerbaren Energien zu verdanken.

In der laufenden Handelsperiode ist die Obergrenze (das Cap) zwar anspruchsvoller. Dafür entwickeln sich zugelassene Auslandsprojekte in Indien und China, die oft keine realen CO₂-Einsparungen bringen, zu einem immer größeren Schlupfloch im Emissionshandelssystem.

Hinzu kommt, dass die Caps des Emissionshandels nur bis 2020 festgeschrieben sind. Die für 80 bis 95 Prozent Emissionsreduktion bis 2050 erforderlichen Maßnahmen werden vom gegenwärtigen Emissionshandel ausgeblendet. Das rächt sich, wenn heute langfristige Investitionen etwa in kohlendioxidintensive Kraftwerke auf den Weg gebracht werden. Aus dem Elfenbeinturm heraus mag man postulieren, dass scharfe künftige Caps die vorzeitige Abschaltung dieser Kohlekraftwerke erzwingen werden. Realistischer ist jedoch, dass umgekehrt die Existenz neuer Kohlekraftwerke die notwendige Absenkung der Caps verhindern wird.

Hier liegt die Krux der ökonomischen EEG-Kritik: Sie verkennt, dass die Emissionshandelsziele nicht statisch sind. Sie sind das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse, in die neben den Anforderungen des Klimaschutzes auch die zu er-

wartenden Kosten und die verfügbaren Klimaschutztechnologien einfließen. Deshalb gibt es eine Wechselbeziehung zwischen EEG und Emissionshandelszielen: Der Fortschritt der erneuerbaren Energien heute ermöglicht ehrgeizigere Caps für die Zukunft.

Tatsächlich konnte die EU-Kommission im Streit um die Absenkung der überhöhten nationalen Caps der zweiten Handelsperiode mit dem prognostizierbaren Ausbau der erneuerbaren Energien argumentieren. Und dass heute selbst die Kanzlerin einer schwarz-gelben Koalition 80 bis 95 Prozent Emissionsminderung für möglich erklärt, wäre ohne den Erfolg des EEG nicht vorstellbar.

Das Gegeneinanderstellen von Emissionshandel und EEG ergibt keinen Sinn. Um ambitionierte Klimaziele zu erreichen, brauchen wir beides: den Emissionshandel, der die Emissionsmenge begrenzt und Kohlendioxid einen Preis gibt. Und das EEG, das die Entwicklung der erneuerbaren Energien vorantreibt, die sobald wie möglich 100 Prozent unserer Energieversorgung abdecken müssen. Statt beide Instrumente gegeneinander auszuspielen, sollten wir daran arbeiten, sie wirksamer zu machen und besser aufeinander abzustimmen. Für den Emissionshandel heißt das etwa, heute schon die Caps für die Zeit nach 2020 festzulegen und ihre Aushöhlung durch fragwürdige Auslandsprojekte zu stoppen. Außerdem sollten die Emissionsobergrenzen in Zukunft entsprechend dem Ausbau der erneuerbaren Energien abgesenkt werden, um EEG und Emissionshandel besser zu verknüpfen. Zusammen sind beide Instrumente der Motor für echten Klimaschutz, neue Arbeitsplätze und die Modernisierung unserer Wirtschaft.